

Die PdAS verurteilt die israelische Aggression gegen Gaza und bekräftigt die Solidarität mit dem palästinensischen Volk

47 palästinensische Tote, darunter 16 Kinder, israelischer Beschuss von ZivilistInnen und eine Polizeioperation im Westjordanland, einem illegal besetzten Gebiet. Leider wird diese Art von Beobachtung jedes Jahr wiederholt. Bereits im vergangenen Jahr waren israelische Kolonialtruppen für die Bombardierung von 260 Menschen im Gazastreifen verantwortlich.

So löste Israel Feindseligkeiten aus, indem er am 5. August, vier Tage nach der Verhaftung von Bassem Saadi, einem der Führer der Widerstandsgruppe Palästinensischer Islamischer Dschihad, "präventiven" Beschuss des Gazastreifens durchführte. Dies hindert die israelische Regierung jedoch nicht daran, sich (erneut) als Opfer auszugeben und angeblich defensiv zu handeln. Es ist jedoch klar, dass wir es mit einer kolonialen Atommacht zu tun haben, die eine Politik der Apartheid auf ihrem Boden und der ethnischen Säuberung im Westjordanland verfolgt, die keine Resolution der Vereinten Nationen zu den besetzten Gebieten respektiert, die die Bewohner des Gazastreifens wie Bestien in einem weiten Streifen von sechs bis zwölf Kilometern zusammenpfercht und ihnen eine unmenschliche Blockade auferlegt, die die Knappheit vervielfacht. Hinzu kommen die häufigen Bombardierungen von ZivilistInnen und die zahlreichen Kriegsverbrechen der IDF.

Die PdAS, die ihren antiimperialistischen Überzeugungen treu bleibt, verurteilt auf das Schärfste das Vorgehen des israelischen Staates und seiner Armee und erneuert ihre volle Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand.

Wir fordern die Konföderation auf, sich für die Achtung des Völkerrechts und gegen die Aggression des israelischen Staates einzusetzen. Daher müssen beispielhafte Sanktionen gelten, genauso wie das, was gegen Russland entschieden wurde. Tatsächlich hat der Bundesrat kürzlich entschieden, dass die Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag des ersten Zionistenkongresses, am 28. und 29. August 2022 in Basel, mit einer Flugverbotszone und der Unterstützung von 700 Schweizer Soldaten durchgeführt werden. Eine solche Teilnahme muss aus Protest gegen die Aktionen des israelischen Staates abgesagt werden. Unser Militär muss nicht mit einer imperialistischen, rassistischen und kriminellen Bewegung zusammenarbeiten.

Mehr denn je müssen wir der Achtung des Völkerrechts, dem Frieden und dem Dialog Priorität einräumen. Aber das wird nicht ohne das Ende des Kolonisationsprozesses und des Apartheid-Kontextes geschehen. Der Widerstand wird nicht aussterben, solange die VerbrecherInnen ungestraft handeln.